

Referat für Klassenkampf

Seit über einem Jahrzehnt gibt es an der Uni Münster die Arbeiterkinderberatung. Seite 5



Autoritäre Sprechverbote

Die Drag-Künstlerin Patsy l'Amour laLove kritisiert die Queer-Szene. Seite 16

Foto: Dragan Simicevic

Endstation Moskau

In Moldawien verliert die EU an Vertrauen. Seite 3

Foto: Moritz Gathmann

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 23. Mai 2017

72. Jahrgang/Nr. 119

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Verpasste Chance

Aert van Riel über den Programmentwurf der SPD

Die Einigkeit der SPD ist nur wenige Wochen nach dem 100-Prozent-Ergebnis für ihren neuen Spitzenmann Martin Schulz wieder dahin. Entgegen dem eigenen Zeitplan konnte sich der Vorstand nicht auf einen umfassenden Programmentwurf für die Bundestagswahl einigen. Obwohl die Themen schon seit Monaten bei ihnen auf der Agenda stehen, haben sich die Sozialdemokraten noch immer nicht in der Steuer- und Rentenpolitik positioniert. Nach drei verlorenen Landtagswahlen in Serie gehen in der Partei offenbar die Meinungen auseinander, mit welchen Konzepten man wieder erfolgreich werden kann.

Hinter den Auseinandersetzungen um das Programm steht die Frage, ob die SPD sich weiter in die Mitte bewegen oder einen Linksschwenk vollziehen sollte. Die Widerstände gegen die letztere Variante scheinen in der SPD-Spitze sehr groß zu sein. Das ist keine gute Nachricht für die Zukunft der Partei. Sie hat es bisher verpasst, den personellen Wechsel an ihrer Spitze mit einem programmatischen Neuanfang zu verbinden. Die Begeisterung kurz nach der Nominierung von Martin Schulz hat gezeigt, dass sich viele Menschen eine soziale Alternative zu Kanzlerin Angela Merkel wünschen. Wenn man aber wie die SPD-Führung keinen umfassenden Politikwechsel anstrebt, sondern das eigene Programm auf die Fortsetzung der Juniorpartnerschaft in einer Großen Koalition ausrichten will, dann sind bei Wahlen keine großen Sprünge zu erwarten.

UNTEN LINKS

Alarm gestern im Berliner Willy-Brandt-Haus. Nach 90 Minuten gab es Entwarnung: Ein verdächtiger Gegenstand barg keinen Sprengstoff. Vermutlich hatte lediglich jemand in der Poststelle der SPD-Zentrale unbeaufsichtigt das Wahlprogramm der Sozialdemokraten liegen lassen. Den einen kam dessen Vorstellung im Interesse gründlicher inhaltlicher Klärung zu früh, andere hatten nur noch die Merkel-Konkurrenz im Auge, die trotz diverser Scharmützel schneller als erwartet zu Potte gekommen war. Jedenfalls standen letztlich Zögerer und Drängler in trauter Gemeinsamkeit auf der Straße – und überließen die Aufklärung über die mögliche Sprengkraft des Papiers der Polizei. Die fand offensichtlich nichts, was das Zeug zum großen Knall hatte. Und so mussten die Genossen wieder an ihre Schreibtische zurück, um weiter an jenem Feuerwerk zu basteln, mit dem sie die Wähler wachrütteln wollen. Nach drei verlorenen Landtagswahlen muss das nun wirklich explosionsartig einschlagen. oer

Der SPD geht die Puste aus

Programmentwurf ohne klare Konzepte für Rente und Steuern



Foto: Visum/Stefan Boness

Berlin. Wer einen Luftballon fliegen lassen will, der muss ihn vorher aufblasen. Doch den Genossen von der SPD fehlt es offenbar an der nötigen Puste. Zumal einige im Parteivorstand nicht wollen, dass der Ballon zu weit nach links driftet. Und so blieb man am Montag bei der Präsentation des Programmentwurfs zur Bundestagswahl in den entscheidenden Punkten Rente und Steuern äußerst vage. Es werde noch gerechnet, hieß es. Reiche sollen aber auf alle Fälle mehr zum Allgemeinwohl beitragen.

Ein durchgerechnetes Steuerkonzept hat die SPD nicht. Offenbar sind die innerpartei-

lichen Diskussionen so heftig, dass es vor dem Programmparteitag Ende Juni nicht fertig sein wird. Eines stellten die Genossen am Montag aber klar: Eine Vermögensteuer wird es mit der SPD definitiv nicht geben.

Bei der Rente will die Partei das Modell ihrer Arbeitsministerin Andrea Nahles umsetzen. Es sieht eine sogenannte doppelte Halteinie vor – ein Absinken des Rentenniveaus soll verhindert, eine Explosion der Beiträge vermieden werden. Zu den Kosten sagt die SPD noch nichts. Diskutiert wird angeblich ein Rentenniveau um die 48 Prozent, obwohl Nahles lange Zeit 46 Prozent anvisierte. Die

Beiträge sollen bis maximal 23 Prozent steigen. Da eine Berechnung noch nicht vorliegt, fällt das alles ins Reich der Spekulation.

Während man in der Sozialpolitik herum-eiert, zeigt die SPD innenpolitisch klare Kante. Zum Schutz vor Alltagskriminalität müsse der Staat im Alltag präsenter sein. Deshalb sollen Bund und Länder 15 000 neue Polizisten einstellen. Der Staat müsse wehrhaft gegen Terroristen, Rechtsextreme und Kriminelle vorgehen: »Wir wollen, dass Straftäter in Deutschland die ganze Härte des Gesetzes spüren«, sagte Fraktionschef Thomas Oppermann am Montag. *fal* Seite 2

In die Armut geflüchtet

WSI-Studie: 2016 stieg Zahl sozial ausgegrenzter Minderjähriger – besonders Einwanderer leiden Not

Immer mehr Kinder in Deutschland müssen in Armut oder von Hartz IV leben, viele davon sind vor Krieg und Gewalt hierher geflüchtet. Ohne Hilfe sind ihre Zukunftsaussichten schlecht.

Von Grit Gernhardt

Im Wahljahr haben viele Parteien nur Themen im Blick, mit denen sich Stimmen holen lassen. Dass sich die Regierung aber auch um die Wähler von morgen kümmern sollte, zeigen aktuelle Daten. So hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) ermittelt, dass seit Beginn des Flüchtlingszuzugs nach Deutschland die Zahl armer Kinder hierzulande deutlich gestiegen ist. Ab Sommer 2015 wanderten demnach viele minderjährige Asylbewerber ein, die auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Dadurch stieg die Zahl der armen Kinder 2015 um rund 77 000.

Für 2016 – dazu liegen noch keine Zahlen des Mikrozensus vor – errechnete das WSI eine Steigerung der Kinderarmutsquote auf 20,2 Prozent – 0,5 Prozentpunkte mehr als 2015. Interessant ist vor allem die Verschiebung im Hinblick auf eingewanderte Minderjährige: Während nämlich laut WSI wegen der guten Konjunktur die Zahl armer einheimischer Kinder 2016 um rund 72 000 gesunken ist, wurden 154 000 Kinder von Einwanderern erstmals vom Mikrozensus erfasst. Damit erhöhte sich insgesamt die Zahl der armen Kinder um 82 000 auf rund 2,63 Millionen. Laut den Daten waren 2016 rund 58 Prozent der Kinder, die in die Bundesrepublik eingewandert sind, von Armut bedroht – eine Steigerung um knapp zehn Prozentpunkte binnen eines Jahres.

Allerdings warnte WSI-Experte Eric Seils auch vor Optimismus in Bezug auf die einheimischen Kinder: »Unsere Ergebnisse deuten

darauf hin, dass die moderat positive Entwicklung bei den einheimischen Kindern den Anstieg der Kinderarmut dämpft, aber nicht abfangen kann.« Die Konjunktur schlage sich in den Familieneinkommen zu wenig nieder.

Die Konjunktur schlägt sich in den Familieneinkommen zu wenig nieder.

Eric Seils, WSI

Das zeigen auch andere Zahlen: Laut Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit (BA), die die Linksfraktion im Bundestag angefordert hatte, sind immer mehr Kinder in Deutschland von Hartz IV abhängig. Von rund 1,54 Millionen im Dezember 2015 stieg die Zahl binnen eines Jahres auf 1,6 Millionen. Demnach sind inzwi-

schen 522 000 Unter-15-Jährige länger als vier Jahre auf Hartz IV angewiesen (2013: 490 00).

Linksfraktionschef Dietmar Bartsch bezeichnete diese Entwicklungen als »Armutszugang für die große Koalition«. Es sei skandalös, dass Familienplanung heute oftmals ein Armutsrisiko für Kinder bedeute. Bartsch hatte im vergangenen Dezember mit Bundes- und Landespolitikern, Wissenschaftlern und Experten von Sozialverbänden das Netzwerk Kinderarmut gegründet.

Es bestehe dringender Handlungsbedarf, sagte er. Auch die WSI-Experten fordern weitere Anstrengungen zur Bekämpfung der Kinderarmut, dafür müssten genau Mittel bereitgestellt werden. Besonders junge Geflüchtete brauchten Hilfe: »Wenn wir junge Geflüchtete heute nicht ausreichend qualifizieren, werden sie als junge Erwachsene unter den armen Erwerbstätigen oder Arbeitslosen wieder auftauchen.«

Trump will Nahost Frieden bringen

Erstmals amtierender US-Präsident an der Klagemauer in Jerusalem

Tel Aviv. Zu Beginn seines Israel-Besuchs hat sich US-Präsident Donald Trump als Friedensbotschafter präsentiert. Es bestehe die »seltene Gelegenheit, Sicherheit, Stabilität und Frieden« in die Region zu bringen, sagte Trump am Montag nach seiner Landung am Flughafen Ben Gurion nahe Tel Aviv mit Blick auf den Nahost-Friedensprozess. Am Mittag besuchte er als erster amtierender US-Präsident die Klagemauer in Jerusalem.

Nach seiner Landung rief Trump die Konfliktparteien zu neuen Anstrengungen bei der Suche nach Frieden auf. »Aber das können wir nur erreichen, indem wir gemeinsam daran arbeiten. Es gibt keine andere Lösung.« Iran indes warf er bei seiner Visite die Unterstützung von »Terroristen« vor. Zugleich beschwor Trump das »unzertrennbare Band« zwischen den USA und Israel. Auch US-Außenminister Rex Tillerson bezeichnete die Reise Trumps als Chance. Sie sei eine »Gelegenheit, in den Diskussionen über Frieden zwischen den Israelis und den Palästinensern voranzukommen«. *AFP/nd* Seite 7

Akte Amri wird Fall fürs Parlament

Behördenversagen bei islamistischem Anschlag in Berlin wird untersucht

Berlin. Die Fraktionen im Abgeordnetenhaus wollen jetzt doch einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des islamistischen Anschlags auf dem Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016 einsetzen. Nach der oppositionellen FDP und AfD erklärten sich am Montag am Rande einer Sondersitzung des Innenausschusses des Landessparlaments auch die Regierungsfractionen von SPD, Linkspartei und Grünen zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses bereit. »Dieser könnte seine Arbeit auf der Basis des Zwischenberichts des Sonderermittlers nach dem 3. Juli aufnehmen«, erklärten die Fraktionsvorsitzenden des rot-rot-grünen Bündnisses. Noch während der Sitzung kündigte auch die oppositionelle CDU an, ein solches Gremium zu unterstützen.

Bisher oblag die Aufklärung in Berlin vor allem dem vom Senat eingesetzten Sonderermittler Bruno Jost. Der ehemalige Bundesanwalt hatte Hinweise auf Aktenmanipulationen beim Landeskriminalamt im Fall Anis Amri gefunden. *mkr* Seite 11

Uneinigkeit über Griechenland

Vor Eurogruppentreffen Pro und Contra zu Schuldenerleichterung

Paris. In der Debatte um Schuldenerleichterungen für Griechenland hat sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron auf die Seite Athens gestellt. Er unterstütze eine schnelle Einigung auf ein Abkommen, »das die griechische Schuldenlast mit der Zeit absenkt«, sagte Macron am Montag nach Angaben seines Stabes in einem Telefongespräch mit dem griechischen Premier Alexis Tsipras.

Die Finanzminister der Eurozone wollten am Montagabend in Brüssel den Stand der Reformanstrengungen Athens bewerten, die Voraussetzungen für die Auszahlung weiterer Hilfsmilliarden sind. Im Gespräch sind auch eine Absenkung der Zinsen und längere Laufzeiten für einen Teil der Kredite.

Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) forderte ebenfalls eine Zusage an Athen über Schuldenerleichterungen und stellte sich damit gegen die Position von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Immer wieder sei dies bei Reformen versprochen worden, so Gabriel. »Jetzt müssen wir zu diesem Versprechen stehen.« *AFP/nd* Kommentar Seite 4

